

Klimapolitik / Revision des CO₂-Gesetzes nach 2020

Die BDP fordert die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens mittels eines griffigen CO₂-Gesetzes und sie unterstützt zudem die Gletscher-Initiative. Der Klimawandel ist Tatsache – es liegt an der heutigen Politik, die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen wahrzunehmen und griffige Massnahmen zu ergreifen.

Die Erdoberfläche erwärmt sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts aussergewöhnlich stark. Verursacht wird diese Veränderung des Energiehaushaltes der Erde hauptsächlich durch den Ausstoss von Treibhausgasen.

Die Folgen des mit der raschen Erwärmung verbundenen Klimawandels sind steigende Meeresspiegel, Verschiebung von Klimazonen und Lebensräumen sowie stärkere und häufigere Wetterextreme wie Stürme, Überschwemmungen und Dürren.

Das Alpenland Schweiz ist von der Klimaerwärmung überdurchschnittlich betroffen. Stieg die Durchschnittstemperatur seit Mitte des 20. Jahrhunderts global im Durchschnitt um 0.85° Celsius, waren es in der Schweiz rund 1.9°.

Sollte die Temperatur weltweit um 3° steigen, könnte das für die Schweiz einen Anstieg von 6° bedeuten (was derselbe Temperaturunterschied bedeuten würde wie bei der letzten Eiszeit).

Die Forschung geht davon aus, dass als Folge dieser Entwicklung die Gletscher bis Ende des Jahrhunderts weitgehend verschwunden sein werden, was schwerwiegende Veränderungen für den Wasserhaushalt zur Folge haben wird. Die Häufigkeit und Heftigkeit von extremen Wetterereignissen wird zunehmen.

Angesichts dieser Entwicklung hat die Schweiz ein besonderes Interesse daran, dass die Weltgemeinschaft rasch und umfassend auf eine CO₂-neutrale Wirtschafts- und Lebensweise umstellt.

Deshalb steht die BDP klar hinter dem Pariser Klimaabkommen, welches eine Klimaerwärmung von 1,5 bis maximal 2 Grad Celsius fordert. Sie ist enttäuscht darüber, was der Nationalrat mit dem CO₂-Gesetz gemacht hat, welches die Ergebnisse des Pariser Abkommens in ein konkretes Gesetz überführen sollte. Die BDP setzt nun auf eine klare Korrektur durch den Ständerat.

Der Klimawandel ist eine Tatsache und es gilt nun durch entschlossenes Handeln die Weichen für eine rasche und deutliche Einschränkung der CO₂-Emissionen zu stellen, um damit eine Eindämmung der Klimaerwärmung zu erreichen. Die BDP setzt sich deshalb ein für:

- **das anspruchsvollere Ziel einer maximalen Erwärmung von 1,5 Grad.**
- **Ein verbindliches Inlandziel, welches den Werkplatz Schweiz stärkt:**
Es ist richtig und wichtig, dass sich die Schweiz sowohl für den Klimaschutz im Inland als auch im Ausland engagiert. Ein verbindliches Inlandziel bietet Investitionssicherheit, stärkt die lokale Wirtschaft und hilft uns, unsere Infrastrukturen für die Zukunft zu rüsten. In Anlehnung an die Pariser Klimaziele unterstützt die BDP ein Reduktionsziel im Inland von mindestens 40%. Auslandsmassnahmen wiederum können den Export Schweizer Technologien fördern.
- **Optimale Reduktionsanreize durch die Erhöhung der CO₂-Abgabe:**
Die CO₂-Abgabe hat sich als marktwirtschaftliches Instrument bewährt und ist deshalb ein klimapolitisches Instrument erster Wahl. Dank der CO₂-Abgabe sind die Gebäudeemissionen in den letzten 10 Jahren um 20% zurückgegangen. Der Vorschlag des Bundesrats, den Abgabesatz auf max. CHF 210 zu erhöhen, wenn Zwischenziele nicht erreicht werden, ist daher wichtig.
- **Im Gebäudepark sind grosse Effizienzpotenziale vorhanden:**
Sanierungen sparen Energiekosten und erhöhen den Wohnkomfort. Im Gebäudebereich liegen aber weiterhin grosse Effizienzpotenziale brach. Die BDP unterstützt eine Kombination aus Effizienzzielen und die Weiterführung des Gebäudeprogramms bis 2030. Ein Effizienzziel soll verbindlich und frühzeitig eingeführt werden. Gleichzeitig braucht es einen realistischen Effizienzgrenzwert (20kg CO₂ pro m² Gebäudefläche, welcher alle 10 Jahre um fünf Kilogramm gesenkt wird).
In diesem Zusammenhang hat die BDP-Fraktion in der Märzsession 2019 eine Motion eingereicht, die eine konsequente Förderung des Energiespar-Contracting-Modells¹ verlangt. Einerseits soll der Markt durch Pilotprojekte stimuliert werden, andererseits sollen die bundesnahen Unternehmen in diesem Bereich in die Pflicht genommen werden. Kantone und Gemeinden sollen bei der Umsetzung von Energiespar-Contracting unterstützt werden, zudem soll der Bund aufzeigen, wie das Energiespar-Contracting-Modell in der öffentlichen Hand zu bilanzieren sei.
- **Im Verkehrsbereich sind Fortschritte bei den Reduktionsbestrebungen besonders wichtig:**
Der Strassenverkehr ist die grösste Emissionsquelle im Inland. Eigentliche müsste

1

Energiespar-Contracting – was ist das? Beim Energiespar-Contracting übernimmt der Anbieter neben den klassischen Dienstleistungen auch die Finanzierung. Die Kosten werden dann über die jährlichen Energiekosten-Einsparungen refinanziert. Für den Gebäudeeigentümer eröffnet sich dadurch eine wertvolle Finanzierungsquelle, dank derer er Energiesparpotenzial überhaupt erst ausschöpfen kann.

das Problem mit einer Lenkungsabgabe auf Treibstoffen angegangen werden. Eine solche scheint zurzeit noch nicht mehrheitsfähig. Flottenziele setzen immerhin Anreize, um auf effizientere Motoren umzusteigen und helfen, den Durchbruch der Elektromobilität zu beschleunigen. Wichtig ist dabei, dass die Absenkung der Grenzwerte für Neuwagen im Gleichschritt mit der EU erfolgt. Mit der Kompensationspflicht für Importeure fossiler Treibstoffe tragen Autoimporteure zwar nicht direkt zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors, dafür aber zum Klimaschutz im Inland bei. Hier unterstützt die BDP einen Inlandkompensationsanteil von 20% im Durchschnitt der Jahre 2021-2030 (mit einer Deckelung des Maximalaufschlags auf Treibstoffe bei 12 Rappen pro Liter Treibstoff).

- **Transparenz im Bereich der Klimarisiken in der Finanzbranche als Mindeststandard:**

Durch den Schweizer Finanzsektor werden jährlich rund 1000 Mio. Tonnen CO₂ weltweit mitverursacht. Das ist rund 20 Mal so viel, wie im Inland produziert wird. Obschon der Finanzplatz damit über einen mächtigen Klimahebel verfügt, enthält die Vorlage zum CO₂-Gesetz keinerlei Bestimmungen dazu. Viele Länder sind hier bereits weiter, zum Beispiel, was die Transparenz von Klimarisiken in der Finanzbranche betrifft. Die BDP unterstützt daher Transparenzregeln, die helfen, den schrittweisen Ausstieg aus Beteiligungen an Firmen mit fossilen Energieträgern voranzubringen.

- **Eine Flugticketabgabe als Gebot der Zeit:**

Der Flugverkehr ist zurzeit steuerbefreit, denn es gibt weder eine Kerosin- noch eine Mehrwertsteuer. Der internationale Flugverkehr macht jedoch ca. 5% der Schweizer Emissionen aus und ist in der Tendenz stark steigend. Alle umliegenden Länder haben bereits eine Flugticketabgabe eingeführt. Es macht daher Sinn, eine solche Abgabe auch in der Schweiz einzuführen.

- **Klimainnovationen dank Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz:**

Die Umsetzung der Pariser Klimaziele gelingt nur dank Innovation und neuen Technologien. Gute Rahmenbedingungen entscheiden massgeblich darüber, ob die Schweiz mit zur Entwicklung von Lösungen beiträgt oder diese später einkaufen muss. Instrumente in diesem Bereich gilt es zu stärken.

Die BDP unterstützt die Gletscherinitiative

Die Gletscherinitiative will im Wesentlichen ab 2050 keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in den Verkehr bringen. Die BDP hatte nach der inakzeptablen Verwässerung des CO₂-Gesetzes zunächst eine eigene Volksinitiative geplant, welche innovative Mobilität ohne Neuzulassungen von Verbrennungsmotoren ab 2030 angestrebt hätte. Die Gletscherinitiative ist diesbezüglich breiter und umfassender, stellt aber auch mehr Zeit zur Verfügung.

Weil die BDP noch nie eine Initiative aus wahltaktischen Überlegungen lanciert hat, sondern immer eine lösungsorientierte Politik betreibt, hat sie entschieden, auf eine eigene Initiative zu verzichten. Stattdessen will sie die Kräfte bündeln und die Gletscherinitiative tatkräftig unterstützen.